



## Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 16. August 2004

---

Bürgerschaft und Behörden

### **Geschäftsreglement des Stadtparlaments**

#### **1 Ausgangslage**

Die in der Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 beschlossene Gemeindeordnung tritt auf den 1. Januar 2005 in Kraft. Sie enthält verschiedene neue Regelungen, zum Beispiel über die parlamentarischen Kommissionen, die Legislaturziele oder die Ombudsperson, die sich auf das Geschäftsreglement des Parlaments auswirken. Bei mehreren Bestimmungen des bisherigen Geschäftsreglements sind zudem im Zusammenhang mit dem Wechsel vom bisherigen Namen „Grosser Gemeinderat“ auf den neuen Namen „Stadtparlament“ redaktionelle Änderungen erforderlich. Auf den Beginn der neuen Amtsdauer ist deshalb ein neues Geschäftsreglement zu erlassen. Eine grundsätzliche oder gar vollständige inhaltliche Neufassung ist jedoch nicht notwendig. Das kann auch nicht erwünscht sein, weil sich die bisherigen Verfahrensregeln im Ratsbetrieb eingelebt haben und die Ratsmitglieder mit ihnen vertraut sind. Unnötige Änderungen würden die parlamentarische Arbeit ohne Grund erschweren. Soweit bisherige Verfahrensregeln jedoch Anlass zu Unklarheiten gaben, verbesserungsbedürftig waren oder Vereinfachungen auf Grund der Ratspraxis als erwünscht schienen, hat das Präsidium inhaltliche Änderungen vorgenommen. Noch nicht berücksichtigt sind im Entwurf die Änderungen, die sich ergeben, wenn künftig vorgesehen wird, dass Institutionen der Partizipation einen Vorstoss an das Stadtparlament einreichen können. Die entsprechenden Änderungen werden mit der Partizipationsvorlage zu unterbreiten sein. Der Stadtrat hat vom Entwurf des Präsidiums Kenntnis genommen und hat mit Ausnahme von zwei Bestimmungen keine Einwände: Schaffung einer Kommission für Bildung, Soziales und Sicherheit, Art. 12; Abgabe des schriftlichen Textes bei Motionen und Postulaten, Art. 61bis.



Der Entwurf für das neue Geschäftsreglement beruht im Interesse der besseren Vergleichbarkeit mit dem geltenden Geschäftsreglement vom 27. April 1999 auf der bisherigen Nummerierung. Neue Bestimmungen sind eingefügt oder alte Bestimmungen gestrichen worden, ohne die bisherige Artikelfolge zu verändern. Nach Abschluss der Beratungen wird das Geschäftsreglement redaktionell bereinigt und seine Artikel werden durchgehend nummeriert.

## **2 Bemerkungen zu einzelnen Artikeln mit materiellen Änderungen**

### **2.1 Parlamentarische Kommissionen**

#### **Art. 7**

In dieser Bestimmung werden die einzelnen parlamentarischen Kommissionen aufgezählt. Welche parlamentarischen Kommissionen bestehen sollen, kann unter der Geltung der neuen Gemeindeordnung weitgehend im Geschäftsreglement des Stadtparlaments bestimmt werden. Das Präsidium hat grundsätzlich geprüft, ob der Übergang zu einem System direktionsbezogener Kommission (eine Kommission für jede Direktion) sinnvoll sei. Heute sind die Baukommission, die Werkkommission und die Bildungskommission annäherungsweise solche direktionsbezogene Kommissionen. Das Präsidium hat eine solche Lösung aber verworfen. Sie würde sich wegen der Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission (GPK) in reiner Form gar nicht verwirklichen lassen. Das Präsidium schlägt stattdessen an Stelle der bisherigen Bildungskommission eine Kommission für Bildung, Soziales und Sicherheit vor. Die Gründe für diese Änderung werden bei der Kommentierung von Art. 12 dargelegt, wo die Aufgaben dieser Kommission umschrieben sind.

Bereits an dieser Stelle ist aber darauf hinzuweisen, dass das Präsidium in das Geschäftsreglement neu den Grundsatz aufgenommen hat, dass ein Geschäft in der Regel nur von einer einzigen Kommission vorberaten werden soll (Art. 17). Vorbehalten bleibt bei diesem Grundsatz die Befugnis der GPK, alle in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Geschäfte von finanzieller Tragweite zu überprüfen. Diese Befugnis der GPK ergibt sich unmittelbar aus der Gemeindeordnung. Es darf aber als selbstverständlich vorausgesetzt werden, dass sich die GPK bei der Ausübung dieser Befugnis, soll der allseits anerkannte Grundsatz der Vorberatung durch eine einzige Kommission nicht toter Buchstabe bleiben, auf die Geschäfte von grösserer finanzieller Tragweite beschränken wird.



#### Art. 8

Die Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission sind in zwei Punkten ergänzt worden: Prüfung des Berichts des Stadtrats über die Legislaturziele (lit. a) und Prüfung des Berichts der Ombudsperson. Beide Aufgaben ergeben sich aus den neuen Regelungen der Gemeindeordnung. Die Umschreibung der übrigen Befugnisse der GPK bleibt unverändert, auch wenn sich die Zahl der von der GPK obligatorisch zu behandelnden Vorlagen wegen der umfassenderen Zuständigkeit der Kommission für Bildung, Soziales und Sicherheit verringert.

#### Art. 9

Das Präsidium hat die Frage geprüft, ob die Liegenschaftenkommission einer anderen Kommission, namentlich der Baukommission, angegliedert werden solle. Die neue Gemeindeordnung würde das erlauben. Das Präsidium hat von einem solchen Vorschlag jedoch abgesehen. Die besonderen Aufgaben im Bereich der Liegenschaftsgeschäfte, die eine schnelle Verfügbarkeit der Kommission und besondere Erfahrungen erfordern, lassen den Weiterbestand einer selbständigen Liegenschaftenkommission als zweckmässiger erscheinen.

#### Art. 10 und 11

Das Präsidium hat diskutiert, ob bei den Zuständigkeiten von Bau- bzw. Werkkommission eine Änderung in dem Sinne vorgenommen werden solle, dass künftig Strassen- und Werkvorlagen, die das gleiche Bauobjekt betreffen, gesamthaft von der Werkkommission geprüft werden. Eine solche Lösung wäre an sich geeignet, eine gewisse Vereinfachung und Entlastung bei der Vorberatung solcher Vorlagen herbeizuführen. Nachdem sich jedoch ergeben hat, dass die Zahl solcher kombinierter Vorlage nicht sehr gross und der Vereinfachungs- und Entlastungseffekt somit nicht erheblich ist, hat das Präsidium auf einen solchen Vorschlag verzichtet.

#### Art. 12

Die bisherige Bildungskommission ist im Jahre 1994 im Zusammenhang mit der damaligen Reorganisation des Schulwesens geschaffen worden. Sie ist nach dem heutigen Geschäftsreglement für die Bereiche Bildung, Jugend, Sport und Freizeit zuständig. Die Bildungskommission hat nach der Beurteilung des Präsidiums bis zum heutigen Zeitpunkt keine den



anderen parlamentarischen Kommissionen gleichwertige Stellung erreichen können. Grund dafür ist wohl, dass der Zuständigkeitsbereich der Kommission zu schmal ist und dass Vorlagen aus den Bereichen Bildung und Sport häufig bauliche und finanzielle Fragen aufwerfen, die zentral von der Bau- und der Geschäftsprüfungskommission behandelt werden. Das Präsidium ist deshalb der Auffassung, dass die Bildungskommission nicht mehr in der bisherigen Weise weitergeführt werden soll. Es sollte entweder eine Erweiterung ihrer Zuständigkeiten oder eine Aufhebung dieser Kommission beschlossen werden. Das Präsidium hat sich für die erste Lösung entschieden. Grund dafür war, dass der Aufgabenbereich Bildung und Jugend von so grosser gesellschaftlicher Bedeutung ist, dass er die Betreuung durch eine eigene, mit den entsprechenden Sachfragen besonders vertraute parlamentarische Kommission verdient. Der Zuständigkeitsbereich dieser Kommission kann durch die Zuweisung der Bereiche Soziales und Sicherheit ausgeweitet werden. Die Kommission soll überdies für die Bereiche Kultur und Sport zuständig sein. Das ist nicht nur zur Aufwertung dieser Kommission, sondern auch von der Sache her gerechtfertigt, betreffen die Bereiche Soziales und Sicherheit doch gleich wie Bildung und Jugend zentrale gesellschaftspolitische Fragen mit mannigfachen Berührungspunkten. Aus dem Zuständigkeitsbereich der neuen Kommission für Bildung, Soziales und Sicherheit sollen jedoch die rein technischen und infrastrukturellen Aspekte der Sicherheit (Polizei, Verkehrssicherheit, Feuerwehr, Zivilschutz) ausgeklammert bleiben. Diese gehören nicht zu den gesellschaftspolitischen Fragen, die Kernbereich der neuen Kommission sein sollen.

Durch die Zuweisung der Bereiche Soziales und Sicherheit sowie Kultur an die neue Kommission wird der Zuständigkeitsbereich der Geschäftsprüfungskommission - vorbehaltlich der Kompetenz, alle Vorlagen von finanzieller Tragweite zu prüfen (Art. 8 Abs. 2) – eingeschränkt. Das Präsidium ist sich dessen bewusst. Es ist jedoch der Überzeugung, dass sich die vorgeschlagene Lösung von der Sache her rechtfertigt und eine gewisse Entlastung der Geschäftsprüfungskommission erwünscht ist.

#### Art. 17

Die Bestimmung verankert, wie bereits erwähnt, den Grundsatz, dass ein Geschäft in der Regel nur von einer einzigen parlamentarischen Kommission vorberaten werden soll. Vorbehalten bleibt dabei die in der Gemeindordnung verankerte Befugnis der GPK, alle in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Geschäfte von finanzieller Tragweite zu überprüfen (Art. 8 Abs. 2). Neu wird im Geschäftsreglement bestimmt, dass die Präsidentin oder der Präsident des Stadtparlaments die Geschäfte der zuständigen Kommission zur Vorberatung zuteilt. Soweit erforderlich nimmt sie bzw. er Rücksprache mit den Präsidentinnen und Prä-



sidenten der Kommissionen, um eine zweckmässige Prüfung und die Einhaltung des Grundsatzes sicherzustellen, dass ein Geschäft nur von einer einzigen Kommission vorberaten wird. Wo eine Vorlage bedeutsame Aspekte aus dem Zuständigkeitsbereich mehrerer Kommissionen aufweist, bietet das Geschäftsreglement die Möglichkeit, eine nichtständige Kommission (Spezialkommission) einzusetzen (Art. 13). Diese kann aus Mitgliedern der verschiedenen interessierten Kommissionen zusammengesetzt werden. Von dieser Möglichkeit soll im Interesse einer effizienten Vorberatung vermehrt Gebrauch gemacht werden.

## **2.2 Mitglieder**

### **Art. 23**

Nach Art. 23 Abs. 2 sollen sich die Mitglieder bei den Verhandlungen der Würde des Rates entsprechend verhalten. Das Präsidium hat die bisherige Bestimmung gestrichen, dass die Mitglieder des Rates dies auch durch angemessene Kleidung zum Ausdruck bringen sollen. Über die Notwendigkeit oder Zweckmässigkeit einer solchen Bestimmung ist bereits früher diskutiert worden. Der Ratsbetrieb hat bisher jedoch noch nie unter der Kleidung der Mitglieder gelitten.

### **Art. 24**

Die Regeln über den Ausstand sollen unverändert und gemäss der bisherigen Praxis weiter gelten. Zur Verdeutlichung ist im Wortlaut des Geschäftsreglements ergänzt worden, dass ein Mitglied dann in den Ausstand tritt, wenn ein unmittelbares privates Interesse bei einer Drittperson besteht, für welche das Mitglied „in leitender Stellung tätig ist“ oder in deren Auftrag es steht. Das Präsidium hat geprüft, ob die Bestimmungen über den Ausstand noch weiter konkretisiert werden könnten. Das war jedoch nicht möglich. Wegleitend wird auch in Zukunft die Fallzusammenstellung (Kasuistik) sein, die das Präsidium für die Anwendung des bisherigen Geschäftsreglements erarbeiten liess und die den Fraktionen bekannt ist.



## **2.3 Sitzungen**

### Art. 31bis

Der Entwurf verankert neu das in der Praxis schon bisher beachtete Erstinformationsrecht des Parlaments. Dies bedeutet, dass der Stadtrat die Öffentlichkeit über Vorlagen an das Stadtparlament nach Möglichkeit erst informiert, wenn diese Vorlagen den Mitgliedern zugestellt worden sind. Damit wird verhindert, dass die Mitglieder über Geschäfte des Stadtparlaments nicht direkt, sondern aus den Medien Kenntnis erhalten. Vorbehalten bleiben Abweichungen in besonderen Fällen, in welchen das Prinzip aus Gründen besonderer Dringlichkeit und im Interesse einer unverzüglichen Information der Öffentlichkeit nicht eingehalten werden kann.

### Art. 33

Muss die Öffentlichkeit von den Verhandlungen ausgeschlossen werden, so galt dies nach der bisherigen Regelung auch für die Medienschaffenden. Neu sieht Art. 33 Abs. 3 eine Mittellösung vor, die dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit bestmöglich Rechnung trägt.

## **2.4 Beratungen**

### Art. 45

Die Bestimmung über die Stellung eines Ordnungsantrags ist im Entwurf verdeutlicht worden. Präzisiert wird vorab, was mit einem Ordnungsantrag verlangt werden kann, nämlich: dass eine Anordnung zum Verfahren getroffen wird (Abs. 1 lit. a) oder dass eine Anordnung der Präsidentin oder des Präsidenten zum Verfahren geändert wird (Abs. 1 lit. b). Letztinstanzlich steht es deshalb dem Parlament selber zu, über das Verfahren zu entscheiden. Einem Ordnungsantrag nicht zugänglich ist dagegen das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen, das von den Mitgliedern des Stimmbüros ermittelt wird (Art. 6). Weiterhin gilt, dass ein Ordnungsantrag durch den Zwischenruf „Ordnungsantrag“ angemeldet werden kann und dass die Beratung über den Hauptgegenstand bis zur Erledigung des Ordnungsantrags unterbrochen wird (Abs. 2 und 3). Der Entwurf bestimmt neu, dass über den Ordnungsantrag ohne Diskussion abgestimmt wird, nachdem der Rat eine kurze Begründung



des Antrags und eines allfälligen Gegenantrags gehört hat. Dies ermöglicht eine speditive und gleichwohl fundierte Erledigung eines Ordnungsantrags.

## **2.5 Vorlagen**

### **Art. 48**

Das bisherige Geschäftsreglement bestimmt, dass eine Eintretensdiskussion unterbleibt, wenn eine gesetzliche Pflicht besteht, auf die Vorlage einzutreten. Neu wird festgelegt, dass in diesem Fall eine allgemeine Diskussion geführt werden kann. Bei einer solchen allgemeinen Diskussion ist entsprechend der gesetzlichen Pflicht auf Eintreten kein Nichteintretensantrag zulässig, sondern lediglich ein Rückweisungsantrag. Für die einzelnen Vorlagen, bei denen eine Pflicht zum Eintreten besteht, werden in den Art. 53bis ff. nähere Bestimmungen aufgestellt.

### **Art. 49, 50bis und 51**

Art. 49 Abs. 3 regelt neu, wie bei Rückweisungen im Rahmen der Detailberatung verfahren wird. Ist Rückweisung in einem einzelnen Punkt beschlossen worden, wird die Detailberatung im Übrigen fortgesetzt. Liegen die Berichte über die zurückgewiesenen Punkte vor, so hält Art. 50bis neu fest, dass nur noch über die zurückgewiesenen Punkte beraten wird, soweit das Stadtparlament nicht Rückkommen auf andere Punkte beschliesst. Art. 51 Abs. 2 hält neu zur Präzisierung fest, dass die Gesamtabstimmung ausgesetzt wird, solange Rückweisungsbeschlüsse hängig sind.

### **Art. 53bis**

Die Bestimmung regelt, wie der in der Gemeindeordnung neu verankerte Bericht des Stadtrats über die Legislaturziele beraten wird. Absatz 1 hält vorab fest, dass die Beratung im ersten Halbjahr einer neuen Amtsdauer stattfindet. Weil im Bericht die Legislaturziele des Stadtrats dargestellt werden und es nicht um Legislaturziele des Stadtparlaments geht, sind eine Änderung des Berichts oder eine Rückweisung nicht zulässig. Das Stadtparlament hat über den Bericht auch nicht abzustimmen, sondern die Präsidentin oder der Präsident stellt nach durchgeführter Beratung Kenntnisanahme fest. Der Stadtrat selber hat zu entscheiden,



welche politischen Folgerungen er aus der Diskussion ziehen will. Beizufügen ist, dass sich eine eigentliche Beschlussfassung des Parlaments über Legislaturziele in der Praxis nicht bewährt hat. Wo eine solche Beschlussfassung vorgesehen ist, wird über eine Änderung nachgedacht. Dem Stadtparlament ist es aber unbenommen, eigene Zielsetzungen durch die Überweisung von parlamentarischen Vorstössen durchzusetzen.

#### Art. 53quater

Auch für Geschäftsbericht und Rechnung des Stadtrates wird entsprechend der gesetzlichen Pflicht zum Eintreten dargestellt, wie die Beratung vor sich geht und welche Anträge zulässig sind.

#### Art. 53quinquies

Die Ombudsperson hat dem Stadtparlament selbständig ihren Geschäftsbericht und ihre Rechnung zu unterbreiten. Die Beratung geschieht analog zur Behandlung von Geschäftsbericht und Rechnung des Stadtrates. Abs. 2 bestimmt, dass die Ombudsperson ihren Bericht und ihre Rechnung im Stadtparlament persönlich vertritt. Diese Aufgabe kann nicht durch den Stadtrat wahrgenommen werden, weil die Ombudsperson in ihrer Tätigkeit von der Verwaltung unabhängig ist.

#### Art. 53sexies

Die Bestimmung regelt, wie bei der Behandlung der Bürgerrechtsgesuche vorzugehen ist. Entsprechend der auch hier geltenden gesetzlichen Pflicht zum Eintreten wird keine Eintretensdiskussion geführt. Es kann aber eine allgemeine Diskussion geführt werden. Abs. 2 bestimmt, dass bei den einzelnen Bürgerrechtsgesuchen zu den gesetzlichen Voraussetzungen der Einbürgerung diskutiert werden kann. Soweit Voten zu den einzelnen Bürgerrechtsgesuchen nicht diese gesetzlichen Voraussetzungen der Einbürgerung betreffen, betreffen sie nicht die Sache. Gegebenfalls hat die Präsidentin oder der Präsident nach Art. 44 vorzugehen (Ermahnung; Wortentzug). Die Absätze 3 und 4 umschreiben im Interesse der Klarheit, welche Anträge bei der Behandlung der Bürgerrechtsgesuche zulässig sind. Wiederum gilt, dass sich die Anträge auf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung beziehen müssen. Sie müssen zudem eine schriftliche Begründung enthalten, die sich auf diese gesetzlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung bezieht. Andernfalls werden





sie nicht zur Abstimmung gebracht. Mit dem Erfordernis einer solchen schriftlichen Begründung wird sichergestellt, dass bei der Ablehnung eines Bürgerrechtsgesuchs ersichtlich ist, aus welchen Gründen das Stadtparlament einem Gesuch nicht entsprochen hat. Abs. 5 hält schliesslich fest, dass die Anträge des zuständigen Einbürgerungsrats gesamthaft zum Beschluss des Stadtparlaments erhoben werden können, soweit kein Gegenantrag vorliegt. Es braucht mithin nicht in jedem Fall über jedes Einbürgerungsgesuch einzeln abgestimmt zu werden.

## **2.6 Parlamentarische Vorstösse**

Die Bestimmungen über die parlamentarischen Vorstösse sind zum Teil redaktionell, ohne wesentliche materielle Änderung, bereinigt und in eine leichter verständliche Reihenfolge gebracht worden. Nachfolgend werden nur die materiell bedeutsamen Änderungen dargestellt.

### **Art. 55**

Die Bestimmung verdeutlicht, wie vorgegangen wird, wenn vom Stadtrat oder aus der Mitte des Rates geltend gemacht wird, dass ein parlamentarischer Vorstoss unzulässig sei. Zu Unsicherheiten hat in der Vergangenheit Anlass gegeben, wenn die Zulässigkeit in der parlamentarischen Beratung bestritten worden ist. Für diesen Fall hält Abs. 3 neu fest, dass der Vorstoss zur Prüfung der Zulässigkeit an das Präsidium zurückgewiesen werden kann. Dieses prüft die Frage und stellt dem Rat in der Folge Antrag. Es wird demnach gleich vorgegangen, wie wenn der Stadtrat die Zulässigkeit gegenüber dem Präsidium in Frage gestellt hätte (Abs. 2).

### **Art. 61bis**

Eine Motion oder ein Postulat wird vom Mitglied, das den Vorstoss eingereicht hat, bei der Beratung über die Erheblicherklärung mündlich begründet (Art. 61 Abs. 1). Nach dieser Begründung erhält der Stadtrat Gelegenheit zur mündlichen Stellungnahme (Art. 61 Abs. 3). Diese Stellungnahme wird in der Praxis immer auf Grund eines schriftlichen Textes abgegeben, und der schriftliche Text wird unmittelbar nach der Abgabe der mündlichen Stellungnahme verteilt. Liegt ein solcher schriftlicher Text vor, so hält das Präsidium es für gerecht-



fertigt, dass dieser dem Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat, schon zu Beginn der Sitzung übergeben wird. Dies wird dem Mitglied eine fundiertere Argumentation in der Diskussion erlauben. Gegebenfalls kann es bereits in der Begründung allfällige Einwendungen berücksichtigen. Die vorgängige Abgabe des schriftlichen Textes hat entgegen der Befürchtung des Stadtrats auch nicht zur Folge, dass die mündliche Stellungnahme vollständig mit diesem Text übereinstimmen müsste.

#### Art. 72

Die Fragestunde hat sich nicht eingelebt. Die entsprechende Bestimmung ist deshalb gestrichen worden.

## **2.7 Abstimmungen**

In den Art. 75 ff. wird im Interesse eines geordneten Verfahrensgangs zum Teil konkreter geregelt, wie die Abstimmungen vor sich gehen. Im Einzelnen ist auf folgende Bestimmungen hinzuweisen:

#### Art. 76bis

Die Bestimmung regelt, wie über die in der Eintretensberatung gestellten Anträge abgestimmt wird. Zu Unklarheiten kann gelegentlich der Fall führen, dass sowohl ein Nichteintreten- als auch ein Rückweisungsantrag gestellt wird. Abs. 3 regelt, wie in diesem Fall vorzugehen ist: Die Anträge werden einander gegenüber gestellt. Über den obsiegenden Antrag wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Wird dem obsiegenden Antrag zugestimmt, so ist Nichteintreten bzw. Rückweisung beschlossen. Wird der obsiegende Antrag abgelehnt, wird Eintreten festgestellt. Abs. 4 hält fest, dass Eintreten ohne Abstimmung festgestellt wird, wenn kein Antrag auf Nichteintreten oder Rückweisung gestellt worden ist.



## Art. 77

Die Bestimmung regelt näher, wie in der Detailberatung abgestimmt wird:

- mehrere Abänderungsanträge zum gleichen Gegenstand werden einander paarweise in eventueller Abstimmung gegenübergestellt, bis der obsiegende Abänderungsantrag feststeht (Abs. 1 lit. a);
- anschliessend wird der obsiegende Abänderungsantrag dem Hauptantrag in eventueller Abstimmung gegenübergestellt (Abs. 1 lit. b); dieses Vorgehen greift direkt Platz, wenn dem Hauptantrag zum vorneherein nur ein Abänderungsantrag gegenübersteht;
- zuletzt wird über den obsiegenden Antrag mit Ja oder Nein abgestimmt. Diese Abstimmung kann jedoch unterbleiben, wenn der obsiegende Antrag im Grundsatz als unbestritten erscheint (was zumeist der Fall ist, wenn gegen den Hauptantrag lediglich ein Änderungsantrag, nicht jedoch ein vollständiger Streichungsantrag gestellt worden ist) und wenn noch eine Gesamtabstimmung stattfindet (Abs. 1 lit. c).

## Art. 78 und 80

In der Abstimmung des Stadtparlaments entscheidet in der Regel die Mehrheit der stimmenden Mitglieder. Art. 78 Abs. 2 listet die besonderen Quoren auf. Neu wird das Quorum von 5 Stimmen aufgeführt, das erforderlich ist, um nach der Wiederholung einer Abstimmung Abzählung zu verlangen (Art. 80). Bisher konnte jedes Mitglied nach Wiederholung der Abstimmung Abzählung verlangen. Eine Abzählung findet zwingend statt, wenn das Stimmbüro auch nach der Wiederholung nicht eindeutig feststellt, dass die Mehrheit unzweifelhaft ist (Art. 80 lit. a). Hat das Stimmbüro nach der Wiederholung der Abstimmung eindeutig festgestellt, dass die Mehrheit unzweifelhaft ist, rechtfertigt es sich, für die Unterstützung eines Antrags auf Abzählung fünf Stimmen zu verlangen.

## Art. 82bis

Die Bestimmung regelt das Verfahren für den Fall, dass für eine Abstimmung sowohl der Antrag auf Namensaufruf als auch der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt wird. Das Vorgehen in diesem Fall war bisher nicht klar. Namentlich wäre es nicht gerechtfertigt, lediglich darauf abzustellen, welcher Antrag zuerst gestellt wird. Es soll für beide Anträge ermittelt werden, ob sie das erforderliche Quorum erreichen. Nachher werden sie einander ge-



genüber gestellt, und es gilt jener Antrag als angenommen, auf den mehr Stimmen entfallen. Eine Abstimmung mit Ja oder Nein über den obsiegenden Antrag findet in diesem Fall nicht statt.

## **2.8 Wahlen**

Art. 85

Art. 85 Abs. 1 verdeutlicht im Interesse der Klarheit, dass leere Wahlzettel (gleich wie ungültige Wahlzettel) für die Bestimmung des absoluten Mehrs nicht in Betracht fallen.

Art. 88

Die Ombudsperson und die Stellvertretung der Ombudsperson sind vom Stadtparlament in geheimer Wahl zu wählen. Art. 88 Abs. 3 sieht vor, dass das Präsidium dem Stadtparlament einen Wahlvorschlag unterbreitet. Darin ist selbstverständlich die Befugnis eingeschlossen, mehrere Wahlvorschläge zu machen. Wahlvorschläge können auch aus der Mitte des Rates eingebracht werden (Art. 84 Abs. 2). Die Sonderregelung, die für die Wahl der Stadtschreiberin oder des Stadtschreibers bzw. der Chefin oder des Chefs der Finanzkontrolle gilt (Wahl mit Ja oder Nein; Art. 88 Abs. 2), gilt für die Ombudsperson nicht.

## **2.9 Anhang**

Art. 86 bestimmt, dass das Stadtparlament die Abordnungen der Stadt wählt, die im Anhang zum Geschäftsreglement aufgeführt sind. Das Präsidium hat diese Liste gestrafft und die Abordnungen in folgende Institutionen aus der Wahlliste des Stadtparlaments gestrichen: Delegiertenversammlung der Vereinigung der Gemeinden der Region; Stiftungsrat Ostschweizerisches Säuglings- und Kinderspital; Kinderspital; Verwaltungsrat Klinik Stephanshorn; Verwaltungsrat Wohnbaustiftung Russen; Erdgas Ostschweiz AG; Stadion Espenmoos AG. Es handelt sich hierbei um Vertretungen, bei denen kein grösseres politisches Interesse vorhanden ist, oder bei denen lediglich eine Person abzuordnen ist. Da im letzteren Fall wegen der Nähe zu den Verwaltungsaufgaben der Stadt zweckmässigerweise ein Mitglied des Stadtrats abzuordnen ist, ist es gerechtfertigt, die entsprechende Wahl vom Stadtrat vor-



nehmen zu lassen. Nicht anschliessen konnte sich das Präsidium jedoch dem Vorschlag des Stadtrats, auch die Wahlkompetenz für den Verwaltungsrat der SN Energie AG aus der Liste zu streichen. Dem Bereich der Elektrizitätsversorgung kommt ein derart grosses politisches Gewicht zu, dass die Wahlkompetenz beim Stadtparlament zu belassen ist.

### **3      Anträge**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Geschäftsreglement des Stadtparlaments wird gemäss dem beiliegenden Entwurf erlassen.

Die Präsidentin des Grossen Gemeinderats:  
Angela Tsering-Bruderer

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:  
Entwurf Geschäftsreglement des Stadtparlaments

